



Ekkehard Nuissl (Hrsg.)

Kaum war er vorbei, sprach man schon von seinem Scheitern: der deutsche Bildungsgipfel vor wenigen Wochen in Dresden. Das war vorauszusehen; einmal zur Chefinnen-Sache gemacht, waren die Erwartungen an den Gipfel hoch gesteckt. »Der Berg kreißte und gebar eine Maus« – dies einer der Kommentare.

Am deutlichsten ist die Kritik an den finanzrelevanten Aspekten der Ergebnisse des Gipfels. Stanislav Tillich, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und Gastgeber, schreibt im Vorwort zum Gipfelpapier: »Gute Bildung kostet Geld«. Das ist nun tatsächlich wahr, und zu Recht wird in den Beschlüssen danach gesucht, um wie viel mehr Geld für Bildung es sich handeln (dazu werden optimistische Angaben gemacht) und woher dieses Geld kommen soll (hier bleiben die Beschlüsse vage). Zweifel sind daher durchaus angebracht. Der Hinweis von Tillich, »Geld allein ist kein Garant für Qualitätsentwicklung«, entkräftet ja nicht die Gewissheit, dass Geld eine notwendige Bedingung für Qualität ist.

Die Kritik betrifft aber auch das Inhaltlich-Strukturelle der Beschlüsse, die in »gesamtstaatlicher Verantwortung« von Bund und Ländern gefasst wurden. Sie beziehen sich auf vorschulische Erziehung, Schule, Ausbildung, Hochschule und Weiterbildung, definieren aber eher Quantitäten als Qualitäten. So soll in der Weiterbildung die Beteiligung bis 2015 auf 50 Prozent gesteigert werden (derzeit: ca. 43 Prozent), aber es wird kaum Substantielles dazu gesagt, mit welchen Mitteln dies letztlich erreicht werden soll.

Man wird den Gipfel an seinen konkreten Zielen messen, die formuliert wurden, etwa an der Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur, insbesondere der Weiterbildungsberatung, auf die sich Bund und Länder verständigt haben – oder auch bezogen auf bestimmte Personengruppen, denen die Weiterbildungsteilnahme aus unterschiedlichen Gründen schwerfällt, etwa die Älteren, die Geringqualifizierten und Menschen mit Migrationshintergrund, nicht zuletzt vor allem auch Menschen, die Schwierigkeiten haben, zu lesen und zu schreiben. Hier hatte der Bund schon vor dem Gipfel mit dem Programm zur Alphabetisierung ein wichtiges Signal gesetzt und Entwicklungen angestoßen. Es wird überprüfbar sein, inwiefern sich die Weiterbildungsteilnahme dieser Personengruppen in absehbarer Zeit erhöht. Sollte dies nicht gelingen, wird auch der angestrebte »Benchmark« von 50 Prozent der Bevölkerung in der Weiterbildung im Jahre 2015 nicht erreicht werden können. Am Beispiel der Analphabeten und der notwendigen Grundbildung wird in diesem Heft gezeigt, dass politische Zieldefinitionen das eine, konkrete Maßnahmen, Innovationen und Unterstützungen das andere sind. Personengruppen, die Schwierigkeiten mit der Teilnahme an Weiterbildung haben, bedürfen besonderer (und auch besonders teurer!) Anstrengungen, um den Zugang zu diesem Bereich zu finden. Gerade hierzu werden in dieser Ausgabe der DIE Zeitschrift einige Schlaglichter gesetzt.

Der Wert des Bildungsgipfels, auch wenn am Ende wenig Konkretes und Handfestes steht, ist trotz verbreiteter Skepsis nicht zu unterschätzen. Die Verständigung zwischen den staatlichen Akteuren darüber, dass sie gemeinsam im föderalen System für die Entwicklung von Bildung und Gesellschaft zuständig sind, ist ein Wert an sich. Und die Definition von Bildung als eines Politikfeldes oberster Priorität, einer »Chefinnen-Sache« eben, setzt symbolisch ebenfalls wichtige Marken. Es ist verständlich, dass diejenigen, die das deutsche Bildungssystem nach vorne gebracht wissen wollen, von den Ergebnissen des Gipfels enttäuscht sind, nachdem so viele Jahre so wenig Konkretes geschehen ist. Aber vielleicht ist dieser Bildungsgipfel doch immerhin eine Bodenerhebung – wie niedrig auch immer –, der nicht direkt wieder ein Tal folgt.